

## Keine Chancen für Ulbricht

### 750 000 Berliner demonstrierten für Einheit und Freiheit

Berlin (Eigenbericht). Die eindrucksvolle Demonstration von rund 750 000 Berlinern am 1. Mai vor dem Reichstag hat weit über die Grenzen Berlins und der Bundesrepublik starken Eindruck hinterlassen.

Auf der bisher größten deutschen Freiheitskundgebung nach dem Kriege haben sowohl Bundestagspräsident Gerstenmaier als auch der Regierende Bürgermeister Brandt die jüngsten kommunistischen Drohungen und besonders die Behauptungen Chruschtschows in Baku scharf zurückgewiesen. Unter dem Beifall der Hunderttausende stellte Gerstenmaier fest, daß der Kommunismus in Deutschland auch dann keine Chance habe, wenn es ihm gelingen sollte, materielle Vorteile zu erreichen. Brandt forderte das Recht auf Selbstbestimmung auch für Berlin. Es wäre gut, wenn sich die Sowjetunion von den Einflüsterungen Ostberlins nicht beeinflussen lasse und die Situation real einschätze.

Nicht nur die etwa 20 Kolonnen der Gewerkschaften, Bezirksämter und der Verbände bestimmten in den Straßen Westberlins das Bild am 1. Mai. Es waren vor allem die Männer, Frauen und Jugendlichen, die mit den Verkehrsmitteln, Autos und Fahrrädern oder zu Fuß auf den großen Platz vor dem Reichstag strömten. Ob in Moabit, in Kreuzberg, in Schöneberg oder Charlottenburg — man brauchte sich diesem endlos scheinenden Strom nur anschließen, er endete auf jeden Fall dort, wo sich Berlin ohne Befehl zu der gewaltigsten Freiheitskundgebung der Nachkriegszeit zusammenfand.

Nichts kennzeichnete den Unterschied zwischen der befohlenen Demonstration in Ostberlin und der Freiheitskundgebung auf dem Platz der Republik besser als ein Blick an der Sektorengrenze: Zu Hunderten verließen die Berliner vor den Augen der hier patrouillierenden Volkspolizisten die in Ostberlin gelegenen S-Bahn-Ausgänge am Potsdamer Platz und reichten sich in den aus Kreuzberg kommenden Strom der Kundgebungsteilnehmer ein.

Unter großem Beifall trat Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier an das Rednerpult. Ausgehend von Chruschtschows Äußerungen wies er den Anspruch des Kommunismus auf ganz Deutschland scharf zurück. „Wenn Tschechen, Chinesen und andere im Kommunismus selig werden wol-

len, so werden wir sie nicht daran hindern. Wenn sie uns aber in die Verzeufung jagen wollen, dann müssen sich die Herren drüben im klaren sein, daß ihnen das nicht gelingen wird.“ In Deutschland habe der Kommunismus keine Chance. Begleitet von der begeisterten Zustimmung der Hunderttausende stellte der Bundestagspräsident fest: „Wir sind hier, Chruschtschow unsere Antwort zu geben: Herr Chruschtschow, Ihr Gemüse wird in Deutschland niemals reif.“ Die Behauptungen, die Bundesrepublik und Berlin bedrohten den Weltfrieden, und Berlin läge auf dem Territorium der Sowjetzone, seien nichts anderes als Propagandalügen.

Unter großem Beifall versicherte der Bundestagspräsident, daß die Bundesrepublik mit Be-

Fortsetzung auf Seite 2

## Manifest an die Welt

In dieser Stunde ruft Berlin erneut die freien Völker der Welt. Noch einmal erklärt das Volk von Berlin:

Die Spaltung Deutschlands und seiner Hauptstadt ist eine von außen aufgezwungene widernatürliche Gewaltmaßnahme, die beseitigt werden muß.

Wir Berliner bekennen uns erneut zu den Idealen der Freiheit und der Demokratie.

Wir bekennen uns erneut zu der klaren Wahlentscheidung vom 7. Dezember 1958.

Wie damals lehnen wir die Forderung ab, aus Berlin eine vogelfreie Stadt zu machen.

Die Spaltung Berlins darf nicht vertieft werden. Aus der Sektorengrenze darf keine Staatsgrenze werden. Westber-

lin gehört zum freien Teil Deutschlands.

Wir werden uns von der Bundesrepublik nicht trennen lassen. Berlin bleibt die Hauptstadt Deutschlands und ist heute die Stadt der Begegnungen aller Deutschen.

Jede Vereinbarung auf der Gipfelkonferenz muß das Selbstbestimmungsrecht der Berliner sicherstellen.

In den Lebensfragen unseres ganzen Volkes muß es über alle Parteigrenzen hinweg eine gemeinsame Haltung aller Deutschen geben.

Wir vertrauen unseren Schutzmächten und unseren Freunden in aller Welt.

Berlin bleibt frei!

## Das Beispiel

K. W. B. „Haben wir diese imponierende Volkskundgebung gebraucht, zu der sich am Sonntag dreiviertel Millionen Berliner auf die Beine gemacht haben? Glauben Sie, daß diese Demonstration für die Freiheit irgendwelchen Einfluß auf die Pariser Gipfel-Gespräche haben kann“ — fragte mich einer, auf den die Bewegung des Volkes am Maitag großen Eindruck gemacht hat. Den Zweifel, daß eine sich in politischem Bekenntnis ausdrückende Willensmeinung die harten Wirklichkeiten der Machtpolitik beeinflussen könnte, kann niemand tilgen. Was aber dafür spricht, daß doch Wirkungen auf die Politik von hier ausgehen, ist etwas anderes. Die Politik um Berlin und Deutschland hat alle möglichen Formen der realpolitischen Diskussion schon so abgenutzt, daß sie, wenn überhaupt, eine neue Belebung aus dem elementaren Zuruf derer bekommen kann, die Verhandlungsobjekt sind.

★

Es war notwendig, den westlichen Freunden, in deren Händen unsere Freiheit ruht, einmal nachdrücklich zu sagen, daß man sich nicht nur auf Berlin verlassen könne; daß es unter dem Dauer-Druck nicht weicher und ausgleichswilliger geworden sei; daß es die volle Freiheit unter der vollen Freundschaft mit der westlichen Welt heute nur noch entschlossener wünscht als bisher. Zum anderen war es eine Notwendigkeit, zu zeigen, daß die östlichen Spekulanten auf einen stimmungsmäßigen Einbruch in das Herzstück Deutschlands falsch beraten sind. Sicher haben Gerstenmaier und Brandt vom Platz der Republik aus die Hunderttausende nicht zum Kreuzzug gegen den Kommunismus animiert; sie fanden jedoch einen kraftvoll souveränen Ton, den die Sicherheit, im Recht zu sein und ein Recht vertreten zu müssen, verleiht. Ein Fieber wurde von Berlin aus am 1. Mai nicht entfesselt. Wohl aber die Gewißheit verbreitet, daß an der bisherigen Freiheit in dieser Stadt nicht gerüttelt werden darf, ja daß

alles getan werden muß, diese Freiheit zu vergrößern und einmal über das ganze Berlin umgebende Land auszubreiten.

★

Die Nation kann sich im gespaltenen Deutschland heute selten mit dem darbieten, was sie bewegt. Auf dem Platz der Republik in Berlin aber drängte sie danach, sich zu repräsentieren. Die Hunderttausende, die dort waren, empfanden, soweit sie die Leidenschaft und sosehr die Nüchternheit zeichnete, als das Volk, das, um die ganze Freiheit zu erhalten oder zu bekommen, aufmarschiert war. Sie murrt deshalb auch, als der DGB-Vorsitzende Sickert die von den Gewerkschaften geleitete Kundgebung zu sozialpolitischen innerdeutschen Attacken benutzte. Nicht, daß man den Gewerkschaften ihre Meinung und ihr Eintreten für ihre Auffassungen vom Lücke-Plan

oder der Krankenkassen-Reform im Grundsatz übernahm. Schon gar nicht, weil sie etwa eine Beurteilung der Auseinandersetzungen in der Demokratie für gut fänden. Doch sie hielten es mit dem Berliner Regierenden Bürgermeister, der mit pointierter Betonung davon sprach, daß es überall im Bund wie hier in Berlin dazu kommen sollte; in Fragen der nationalen Existenz nur eine und geschlossene Politik zu kennen. Wie Brandt dies immer gemeint haben mag, die gemeinsame Politik für die Bewahrung der Freiheit und für die Erringung des vollständigen Selbstbestimmungsrechts sei seit langem vom Bund gewünscht. Nun wird sie das Gebot der Stunde. Berlin gab ein bewegendes Beispiel. Es bekräftigte die Politik der Bundesrepublik und gibt ihrer Position in Paris hoffentlich zusätzliches Gewicht.

## Westberlins Absage an Ulbricht

Fortsetzung von Seite 1

gierung und Parlament fest mit der deutschen Hauptstadt verbunden seien. Heute sehe die Welt auf Berlin. „Eure Haltung steht für ganz Deutschland, und dafür dankt Deutschland Berlin. Das deutsche Volk grüßt die Söhne und Töchter seiner Hauptstadt. Freiheit für alle.“

Der Regierende Bürgermeister Brandt nannte den von Moskau angedrohten Separatfrieden mit der Sowjetzone eine unerhörte Herausforderung des ganzen deutschen Volkes. Immer wieder von Beifallsstürmen unterbrochen, stellte Brandt fest: „Wir sind hier nicht zusammengekommen, um uns zu entschuldigen, sondern um Anklage zu erheben gegen den Druck, gegen die Erpressung und gegen die Verbrechen in der Zone. Wir warnen die Gauleiter drüben: überspannt den Bogen nicht.“ Westberlin wolle keine Freie-Stadt-Lösung, „die uns frei von Freiheit macht“. Die Sektorengrenzen dürfen keine Staatsgrenze werden. Ber-

lin wolle ein Bundesland besonderer Art bleiben. Es sei bereit, jeder Übereinkunft auf der Gipfelkonferenz zuzustimmen, die die Rechte der Alliierten in Westberlin bestätige und die Rechte der Berliner berücksichtige.

Nikita Chruschtschow tue bei seinen Reisen, fuhr Brandt fort, gerade so, als habe er die Demokratie erfunden. Die Deutschen behandle er, als wären sie unmündige Kinder. Die Deutschen hätten aber den Mächten nicht aufgegeben, „unser Vaterland zu spalten und auf unserem Boden ein rot-angemaltes Kolonialsystem zu errichten“. Man solle nicht glauben, man könne Berlin den Mut abkaufen. Leidenschaftlich rief der Regierende Bürgermeister aus:

„Wenn es die Situation erfordert, dann wird sich Berlin noch ganz anders zu Worte melden. Wir haben die Berlin-Krise nicht angefangen. Wir sind entschlossen, hier Herr im eigenen Haus zu bleiben.“

# Die Union von morgen

## Eindrücke vom Bundestagparteitag der CDU/CSU

DT. Karlsruhe, (Eigenbericht) Vergeblich hat das Heer der kritischen Beobachter des CDU-Parteitagges bis zuletzt auf eine wenn auch bescheidene Sensation gewartet. Sie blieb aus. Und das ist gut so. Eine politische Kraft von der Größe und Bedeutung der Union, die zehn Jahre lang das Antlitz der Bundesrepublik geformt hat, kann nicht plötzlich durch überraschende Winkelzüge und durch ganze oder halbe Kehtwendungen sich selbst vor der Öffentlichkeit ungläubwürdig machen. Insofern hat die Parole des letzten Bundestagswahlkampfes „Keine Experimente!“ auch heute noch keineswegs an Gültigkeit verloren. Die CDU wird auf dem einmal betretenen und mit so sichtbarem Erfolg beschrittenen Weg weiter fortschreiten und keine politische Entwicklung dulden, die das Aufbauwerk gefährden könnte.

Es war vorauszusehen, daß die Kritiker diese Haltung als steril und ideenlos bezeichnen würden. Längst hat sich ja in der Bundesrepublik ein „Mythos des Neuen“, erwachsen aus dem typisch deutschen Mangel an Geduld, breitgemacht. „Es muß anders werden“, „Neue Vorschläge müssen auf den Tisch!“ Solche Forderungen pflegen mit Emphase vornehmlich von denen angemeldet zu werden, die zur Erfüllung der überreichlich vorhandenen Aufgaben meist am wenigsten beizutragen bereit sind.

### Neue Töne

„Ich halte Sie für musikalisch genug“, antwortete Bundeskanzler Adenauer einem kritischen Frager in der Pressekonferenz, „herauszufinden, wo die neuen Töne auf diesem Parteitag liegen.“ Sie erklangen vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaft- und der Sozialpolitik. Professor Erhard zeichnete das Bild einer Wirtschaft, die dem einzelnen das Gefühl der Sicherheit verleiht, ihm gleichzeitig aber den größtmöglichen Spielraum menschlicher Freiheit läßt. Der zunehmenden Kollektivierung des gesamten Lebens stehe die Sehnsucht des Menschen nach harmonischer Einordnung in

überschaubare Bindungen gegenüber. „Wir müssen zu einer Vermenschlichung der Umwelt in allen Lebensbereichen, besonders innerhalb des Wirtschaftsgeschehens, hinfinden“, sagte Erhard. Gesellschaftspolitische Probleme würden künftig gleichrangig neben die ökonomischen treten.

Diese Entschlossenheit, den von den anonymen Mächten des Staates und der Wirtschaft gefährdeten Menschen zu schützen und ihn seiner gottgewollten Bestimmung zurückzugeben, kennzeichneten auch die Reden von Bundesarbeitsminister Blank, Bundestagspräsident Gerstenmaier und Fraktionsvorsitzenden Krone. „Wir bejahen aus Gründen unserer Sicherheit einen starken Staat“, sagte Krone, „aber er darf nicht zu einer Apparatur werden, die soziale Kompetenzen regelt und wo der Mensch nichts anderes ist als ein Funktionär eines Ameisenstaates.“ Endlich scheint nun auch die Familienpolitik aus dem Bereich des Deklamatorischen herauszukommen. „An der Familienpolitik soll man erkennen“, sagte Krone, „daß christliche Demokraten die Verantwortung tragen.“ Bisher hat man sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß der Familienminister allein die Familienpolitik betrieb.

Die vielzitierte, hin und wieder der geschmähte oder auch belächelte Opposition des sogenannten linken Flügels der Union hat die Geschlossenheit des Parteitagges niemals ernsthaft angetastet. Es zeigte sich schließlich, daß Katzer, Albers und ihre Freunde mit guten Waffen fechten, daß sie aber sowohl über die Form der Eigentumsstreuung als auch über die Durchführung der Krankenversicherungsreform mit sich reden lassen. Gewiß, Blank hat hart kämpfen müssen in Karlsruhe, und die Schützenhilfe, die ihm Adenauer gab, hat die Probleme noch nicht lösungsreif gemacht.

### Zwei Machtblöcke

Eine so große Partei, die zwangsläufig aus auseinanderstrebenden Interessengruppen

besteht, so meinte Gerstenmaier, „kann einfach die große politische Linie nur halten, wenn sie in allen Detailfragen zu Kompromissen bereit ist“. Wo aber die Lebenslinien der CDU liegen, das hat der 84jährige Kanzler am Anfang und am Schluß mit aller Leidenschaft wiederholt, und die riesige Weltkarte im Plenarsaal der Schwarzwaldhalle machte es vor aller Augen deutlich. Die Welt zerfällt heute in zwei Machtblöcke; einer davon bedroht die Freiheit des anderen. Mitzuhelfen bei der Sicherung dieser Freiheit, ist den Deutschen zuallererst aufgegeben. Und keine andere politische Kraft in Deutschland als die CDU hat diesen Auftrag an das Gewissen bisher so erfüllt wie die Union.

Schließlich hat die Führungsfrage die Gemüter bewegt. Sie ist in Karlsruhe der notwendigen Lösung nicht nähergebracht worden. Adenauer wird den künftigen Wahlkampf führen. Er, dessen geistige und körperliche Frische wiederum faszinierten, wird 1961 im September 86jährig sein. Die Kronprinzenfrage löst sich keineswegs von selbst. Spätestens am Tag nach der Bundestagswahl muß und wird sich Konrad Adenauer ihr stellen. Noch ist ihr und ihrem Ersten Vorsitzenden Zeit zum Nachdenken gegeben.

Es ist gut, daß Karlsruhe das Bild der führenden Partei der Bundesrepublik klar und für jedermann deutlich herausgearbeitet hat. Auf Überraschungen und Sensationen kam es dabei — fünf Minuten vor der Gipfelkonferenz — am wenigsten an.

## Unruhen in Allenstein

Warschau (dpa). Zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und polnischen Katholiken ist es jetzt auch in der Stadt Allenstein im polnisch verwalteten Teil Ostpreußens gekommen. Wie gut unterrichtete Kreise in Warschau mitteilten, ereigneten sich die Zusammenstöße, als die Polizei versuchte, Fahnen zu entfernen, die zu Ehren der „Schwarzen Madonna von Tschenstochau“, eines Heiligenbildes, gehißt worden waren.

## Der Kartentrick

DT. Vom Tage seiner Macht-ergreifung an hat sich der kommunistische Staatsapparat in der sogenannten „DDR“ des Falschspiels bedient, besonders dann, wenn es um seine staatliche Anerkennung ging. Zum Falschspiel gehört Geschicklichkeit; denn nichts ist blamabler, als wenn einer mit „gezinkten“ Karten oder bei sonstigen Betrugsmasern von seinen Mit-

## USA-Protest

Washington (ap). Die USA haben gegen das Bauernlegen in der Sowjetzone protestiert. In der Erklärung heißt es u. a.: „Wir verurteilen dieses Enteignungsprogramm aufs schärfste. Es beweist wieder einmal, daß den in der Sowjetzone lebenden Deutschen das Grundrecht der Selbstbestimmung verweigert wird und enthüllt den nichtlegitimierte Charakter des sowjetzonalen Regimes.“ Die Enteignung der Bauern in der Zone sei von den Pankower Machthabern mit allen Mitteln betrieben worden. Dies habe von massivem Druck bis zur nackten Gewalt gereicht. Durch herzlose Maßnahmen seien viele Bauern vertrieben worden. In völliger Verzweiflung hätten manche Selbstmord begangen. „Wir haben größtes Mitgefühl mit der Bevölkerung Mitteldeutschlands und drücken mit der Bevölkerung des freien Deutschlands unsere Besorgnis und unsere Empörung über diese Unterdrückung des Menschenrechtes aus.“

spielen entlarvt wird. Ohrfeigen sind oft die Folge. SED-Ulbricht und seine Mannschaft mußten in letzter Zeit viele einstecken; in Guinea und Togo, in Indien ebenso wie in Skandinavien. Falschspieler sind jedoch ebenso impertinent wie passioniert, — durch die Hinterfür versuchen sie immer wieder ins Spiel zu kommen.

Von den vielfältigen Kartentricks Pankows ist der jüngste bei weitem der übelste. Ein Rundschreiben hat ihn an den Tag gebracht, das die angeblich unrichtigen Darstellungen der sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik“ rügt. „Derartige Mängel beeinträch-

tigen unsere Dokumentation und wirken sich hindern auf die Durchsetzung unserer politischen Linie aus“, heißt es in dem besagten Schreiben aus dem sowjetzonalen Ministerium für Kultur. Damit die politische Linie „durchgesetzt“ wird — eine besonders bemerkenswerte Stilblüte des Funktionärjargons — soll die Zonengrenze als „vollwertige Staatsgrenze“ eingezeichnet werden und der Name Deutschland aus den Karten und Atlanten verschwinden. Nachdem die geographische Bezeichnung „Mitteldeutschland“ schon seit einiger Zeit in der sowjetisch besetzten Zone verpönt ist, wird nun die Axt an den gesamten deutschen Baum gelegt. Er existiert für die Pankower Machthaber einfach deshalb nicht mehr, weil damit ihr Anspruch auf Eigenstaatlichkeit gefährdet erscheint. Dazu gehört natürlich auch, daß West-

berlin nicht irgendwie mit der Bundesrepublik in Zusammenhang gebracht wird. Deshalb soll auf den Karten eine Fußnote erscheinen mit dem ausdrücklichen Bemerkten, es läge auf dem Gebiet der sogenannten „DDR“.

Mit derartigen Tricks versucht man vor der Pariser Gipfelkonferenz vollendete Tatsachen zu schaffen, die ebensowenig vor der Geschichte bestehen werden wie die gewaltsamen Enteignungen der Landwirte und des gewerblichen Mittelstandes. Auf den Karten mögen sie den Namen Deutschland löschen, im Herzen des deutschen Volkes, besonders aber im Herzen der unterdrückten 17 Millionen in ihrem Machtbereich vermögen sie es nicht. Das von Ulbricht so gern zitierte Stalin-Wort von den Hitlern, die da kommen und gehen, fällt auf den Statthalter Moskaus selbst zurück:

## Bauern unter Normenzwang

Erste Auswirkung der Kollektivierung — Maschinen Mangelware

Berlin (Eigenmeldung). Nach der Zwangskollektivierung müssen die Bauern in der Sowjetzone ebenso wie die Industriearbeiter nunmehr nach Normen arbeiten. Planer der staats-eigenen Industriebetriebe werden nach Berichten der Zonenpresse in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) geschickt, wo sie die Einführung der Normenarbeit zu organisieren haben. Die SED-Presse bemüht sich, der Landbevölkerung das „Leistungsprinzip“ schmackhaft zu machen. So schreibt die „Märkische Volksstimme“ (SED), es sei nur eine gerechte Sache, wenn die Melkerinnen die Arbeitseinheiten nach der ermolkenen Milch angerechnet bekommen. Nichterfüllung der Norm hat eine Kürzung des Lohns zur Folge.

Aus Zeitungsberichten geht hervor, daß in den LPG ein besorgniserregender Mangel an Traktoren und landwirtschaftlichen Geräten herrscht. In der „Schweriner Volkszeitung“ beklagt sich der Vorsitzende der LPG „Neuer Weg“ in Schönberg (Kr. Schwerin), daß für eine Fläche von 478 Hektar nur drei Traktoren zur Verfügung

stehen, aber noch nicht einmal für jeden Traktor ein Pflug.

### Schweigemarsch

Tausende von Würzburgern demonstrierten mit einem Schweigemarsch gegen den Terror in der Sowjetzone. Die Teilnehmer zogen zunächst fackeltragend durch die Hauptstraßen der Stadt und fanden sich dann zu einer Kundgebung zusammen, auf der Flüchtlinge sprachen, die erst vor wenigen Tagen in die Bundesrepublik gekommen waren. In Telegrammen an die Botschaften der vier ehemaligen Besatzungsmächte forderten die Kundgebungsteilnehmer die Wiedervereinigung Deutschlands.

### Togo abwartend

Berlin (dpa). Die Sowjetzonenregierung hat nach einer Meldung der Sowjetzonen-Nachrichtenagentur adn beschlossen, die neue afrikanische Republik Togo als unabhängigen und souveränen Staat anzuerkennen.

Der togolesische Ministerpräsident hatte es abgelehnt, eine sowjetzonale Delegation zu empfangen und erklärt, er werde das Verhältnis seines Landes zur Sowjetzone sorgfältig und eingehend mit der Bundesrepublik erörtern.

## 15 000 flüchteten im April

### Europarat protestiert gegen die Zwangskollektivierung

Berlin/Straßburg (dpa/ap). Mehr als 15 000 Menschen haben im April die Sowjetzone verlassen und sich als Flüchtlinge in Berlin gemeldet. Diese seit Jahren höchste Flüchtlingszahl ist in erster Linie auf die rigorosen Methoden der Sowjetzonen-Machthaber bei der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft zurückzuführen, die viele Bauern zum Verlassen der Heimat gezwungen haben. Zu der großen Zahl der Flüchtlinge gehörten im April auch viele Handwerker, die jetzt nach den Bauern enteignet und in die Kollektive gezwungen werden sollen.

Gegen die Zwangskollektivierung in der Sowjetzone hat die Beratende Versammlung des Europarates einstimmig protestiert. In der Entschließung heißt es, die Zwangskollektivierungsziele in einem Augenblick auf die Verewigung der deutschen Spaltung ab, da sich die Gipfelkonferenz auf die Erörterung der deutschen Frage vorbereite. Die bei der Kollektivierung angewandten Methoden stünden im Widerspruch zur Konvention der Menschen-

rechte und zur Verfassung der sogenannten DDR.

In einer rund einstündigen Sonderdebatte, die der Annahme der Entschließung vorangegangen war, sprach Bundesminister Lemmer von einer „barbarischen Mißachtung der primitivsten Menschenrechte“. Lemmer sagte, der angeblich freiwillige Beitritt der mitteldeutschen Bauern zu den Kollektiven sei „nichts als blanke Lüge“. Viele Bauern hätten keinen anderen Ausweg gewußt als die Flucht oder den Selbstmord.

Bundestags-Vizepräsident Schmidt verwies darauf, daß

es in der Sowjetzone keine freien Bauern mehr gebe, sondern nur noch Ackerknechte. Er appellierte an die Delegierten der Straßburger Versammlung, über die Freiheiten Europas zu wachen und die Welt aufzurufen, die Vorgänge in der Sowjetzone nicht einfach hinzunehmen.

### Weißbuch nach Moskau

Die Bundesregierung hat allen Regierungen, mit denen sie diplomatische Beziehungen unterhält, das Weißbuch über die Zwangskollektivierung in der Sowjetzone überreichen lassen. Auch der sowjetischen Regierung wird ein Exemplar zugesellt.

In einer Note, die dem Weiß-

Fortsetzung auf Seite 6

## Nazis in Pankows Diensten

### Dokumentationen in Westberlin — Abwehr der KP-Propaganda

Berlin (Eigenmeldung). Dokumente über die nazistische Vergangenheit führender kommunistischer Funktionäre in der Sowjetzone sollen in Kürze in Westberlin veröffentlicht werden. Auf dem Verbandstag der Berliner Komba (Verband der Beamten, Angestellten und Arbeiter Berlins) forderte Innenminister Lipschitz dieser Tage

eine verstärkte Aktivität gegen die nazistische Propaganda und ständig zunehmende Infiltration. Man werde in Kürze neue Einzelheiten über die kommunistischen Umtriebe in Westberlin bekanntgeben. In sämtlichen Westberliner SED-Kreisbüros seien jetzt zur Verstärkung der kommunistischen Agitationstätigkeit hauptamtliche Sekretäre eingesetzt.

Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen hat jetzt die dritte Ausgabe seiner Broschüre „Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten“ fertiggestellt. Die Broschüre enthält Angaben über 220 SED-Funktionäre. Zur Begründung betont der Untersuchungsausschuß, die Broschüre sei nicht deshalb neu aufgelegt worden, um die aufgeführten Personen lediglich wegen ihrer früheren Zugehörigkeit zur Nazi-Partei oder einer ihrer Gliederungen anzuschuldigen. Niemanden sollte das Recht zum politischen Irrtum verwehrt werden, solange dieser Irrtum nicht zu Unrechthandlungen geführt habe. Den SED-Machthabern sollte angesichts der Verhältnisse in ihrem Machtbereich nur klargemacht werden, daß sie keine Berechtigung hätten, Vorwürfe gegen die Bundesrepublik zu erheben und ihre diffamierenden Angriffe fortzusetzen.

## Es gärt unter den Bauarbeitern

### SED lehnt Fünftagewoche als „kapitalistische“ Einrichtung ab

Berlin (ap). Unter den Bauarbeitern der Sowjetzone herrscht gegenwärtig steigende Unzufriedenheit über die Weigerung der SED, auf allen Großbaustellen einheitlich die Fünftagearbeitswoche einzuführen. Im Bezirk Halle blieben nach Berichten der Ostpresse bereits Fach- und Hilfsarbeiter der Chemie-Baustelle Leuna fern, weil von ihnen gefordert wurde, an sechs Wochentagen in zwei und drei Schichten zu arbeiten.

Über die Haltung von Leunaer Arbeitsbrigaden, die unter Hinweis auf die Fünftagewoche an anderen Baubjekten der Sowjetzone die gleiche Arbeitszeit verlangen, führte der Sekretär der SED-Parteiorganisation der Baustelle Leuna, Kurt Bock, jetzt heftige Klage. Im Hallenser SED-Organ „Frei-

heit“ kritisierte er, die Forderung der Bauarbeiter nach verkürzter Arbeitszeit gehöre der „kapitalistischen Vergangenheit“ an. „Im Arbeiter- und Bauernstaat sind solche Auffassungen nicht mehr vertretbar, denn die DDR ist unser Staat, ihn gilt es zu stärken, und zwar in höchstmöglichem Tempo, um die allseitige Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus zu beweisen und die westdeutschen Atomkriegsstrategen zu schlagen“, betonte er.

Die Stimmung der Bauarbeiter in der Sowjetzone wird von den Machthabern der Sowjetzone mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, seit im Jahre 1953 der Streik der Bauarbeiter in der Ostberliner Stalinallee den Juni-Aufstand auslöste.

## SED-Christen

DT. Wenn noch bewiesen werden müßte, daß die sowjetzonalen sogenannte CDU nichts weiter ist als eine Zbringerorganisation für die bolschewistische SED — der Brief, den das Präsidium ihres Hauptvorstandes an die zur Zeit in Ostberlin tagende „Kulturkonferenz“ richtete, würde diesen Beweis ohne jede Schwierigkeit ermöglichen. Es ist darin nicht etwa davon die Rede, daß man Kulturarbeit auch unter einem anderen, in diesem Falle christlichen, Aspekt sehen und betreiben könne als die bolschewistische Hauptpartei der Zone; es scheint überhaupt keine Alternative zu deren Anschauung und Programm zu geben, was allein aber die Existenz einer zweiten oder auch dritten und vierten Partei sinnvoll machen könnte. Statt dessen wird von den Briefschreibern, die identisch sind mit den führenden Funktionären dieser sogenannten Ost-CDU, immer wieder versichert, daß die Führung auch in der Kulturarbeit selbstverständlich der SED zukomme, daß nur sie im Besitz von Wahrheit und Recht sei und daß es für die Ost-CDU lediglich darauf ankomme, ihre Mitglieder und Freunde unter die Fittiche der SED zu führen.

Nicht nur „aus der Erkenntnis heraus“, daß „allein im Sozialismus der Frieden und das Prinzip der Nächstenliebe, die wichtigsten Grundforderungen des Christen im gesellschaftlichen Raum, verwirklicht werden“, hat sich die Ost-CDU ins Schlepptau der SED begeben, sondern auch aus dem Bewußtsein, „daß erst im Sozialismus die Menschengemeinschaft und mit ihr jedes einzelne ihrer Glieder ‚zur höchsten Menschlichkeit‘ geführt werden kann“. Eine weitere „bedeutsame Aufgabe“ sieht sie darin, „den ideologischen Wachstumsprozeß insbesondere der Christen zu beschleunigen und ihnen bei der Erkenntnis ihres Standortes und ihrer Aufgaben in der sozialistischen Kulturrevolution zu helfen.“

Weiterhin wollen die Funktionäre im Vorstand der Ost-CDU festgestellt haben, daß sich „neue Beziehungen des Menschen zur Arbeit und zu seinen

Mitmenschen... in den sozialistischen Produktionsstätten entwickelt“ haben, die alle Gebiete des Lebens durchdringen. „Diesen Prozeß zu fördern, die sozialistische Menschengemeinschaft zu formen, ist Aufgabe der sozialistischen Kulturrevolution“ — und diese unter Mißbrauch des christlichen Namens nach Kräften zu fördern, sei die Hauptaufgabe der Ost-CDU. Dabei will dem normalen Betrachter der Dinge nicht einmal die völlige Verkehrung und Aushöhung der Begriffe als das Schlimmste erscheinen, sondern mehr noch die widerwärtige Anbiederei an die Machthaber eines Systems, die gerade in diesen Tagen wieder erschütternde

Proben ihrer Verachtung des Menschen und seiner Würde liefern und ohne jegliche Hemmung gewachsene wirkliche Kultur zerstören. Die beschämendste Begleitmusik dazu liefert — wie immer und schlimmer noch als die SED — die Ost-CDU, deren Funktionäre offenbar aus Angst, ihre Pfründen zu verlieren, eine Tätigkeit ausüben, gegen die das Hara-kiri noch als eine humane Todesart erscheinen muß. Es ist bestürzend, daß sich noch eine Gruppe von Menschen findet, die bereit ist, diesen Verrat am elementarsten menschlichen Verhalten als „christlich“ zu etikettieren.

## Straßenschlacht in Nova-Huta

Arbeiter wollten Kreuz entfernen — Streit um Kirchenbau

Warschau (ap). In der polnischen Stahlstadt Nov Huta bei Krakau, dem polnischen Gegenstück zur sowjetzonalen „Stalinstadt“, ist es zu einer Straßenschlacht zwischen Tausenden von Katholiken und der polnischen Polizei gekommen. Nach zuverlässigen Berichten wurden dabei mindestens 15 Polizisten verletzt und etwa 50 Demonstranten verhaftet.

Die Unruhen brachen aus, als Arbeiter ein großes Kreuzifix auf einem Grundstück an der Ecke Marx- und Leninstraße entfernen wollten. Dieses Grundstück war ursprünglich für die Errichtung einer Kirche vorgesehen gewesen, doch hatte die Stadtverwaltung plötzlich entschieden, daß dort keine Kirche, sondern eine Schule gebaut werden solle. Kurz nach Beginn der Arbeiten versammelten sich zahlreiche Katholiken um das Kreuzifix und begannen religiöse Lieder zu singen. Die Menge wuchs immer mehr an, so daß die Arbeiter gezwungen waren, ihre Tätigkeit einzustellen.

Als Polizeieinheiten herandrückten, errichteten die Demonstranten eine Barrikade und bombardierten die Polizisten mit Steinen. Der Polizei gelang es mit Tränengas, die Ruhe wiederherzustellen. Bis Donnerstagabend war es jedoch nicht möglich, Telefonverbindungen mit Nova Huta zu bekommen. Der Autoverkehr nach der Stadt war gesperrt.

Der Bau einer Kirche für Nova Huta, Polens erste „sozialistische Stadt“, ist seit Jahren ein Streitpunkt zwischen der Kirche und der Kommunistischen Partei. Bis jetzt besitzt die rund 100 000 Einwohner zählende Stadt keine Kirche. Jeden Sonntagmorgen strömen daher Tausende von Katholiken nach Krakau und in die umliegenden Dörfer, um dort am Gottesdienst teilzunehmen.

## 15 000 flüchteten im April

Fortsetzung von Seite 5

buch beigelegt ist, bringt die Bundesregierung erneut ihren Protest und den des Bundestages gegen die Vorgänge in der Sowjetzone zum Ausdruck. „Seit Wochen spielen sich in dem unter östlicher Kontrolle stehenden Teils Deutschlands Ereignisse ab, die das deutsche Volk mit Entrüstung und Trauer erfüllen“, heißt es in der Note. „Die Betroffenen selbst haben keine Möglichkeit, ihre Stimme gegen diese unmenschlichen Maßnahmen zu erheben und sich durch Anrufung unabhängiger Gerichte zur Wehr zu setzen. Tausende sehen keinen anderen Ausweg, als ihre Heimat als Flüchtling zu verlassen.“ Das Regime habe seinen gesamten Machtapparat eingesetzt, um die Bauern durch Rechtsbruch und Gewalt zur Aufgabe ihres Eigentums zu zwingen.

# Gipfelschatten über Genf

## Die Zehn-Mächte-Abrüstungskonferenz — Sowjets zeigten kein Entgegenkommen

E. H. Genf (Eigenbericht). Die Skeptiker zucken die Achseln: „Wir haben es ja gleich gesagt“, und nur die Unentwegten deuten die Schatten, die der Gipfel auf Genf geworfen hat, als Auslöschung des „toten Punktes“, den die Zehn-Mächte-Abrüstungskonferenz lange vor ihrer Vertagung am 29. April erreicht hat.

Als sich die Delegierten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Kanadas am 15. März im grünen, viereckigen Tisch im Saal 3 des Palais des Nations mit den Vertretern der Sowjetunion und vier anderer Ostblockstaaten zusammensetzten, geschah es in Ausführung der UN-Entschließung Nr. 1378: nachdem jahrelang vergeblich versucht worden war, wenigstens einige der den Frieden bedrohenden Probleme zu lösen, um danach die dann gleichsam überflüssig gewordenen Waffen abzuschaffen, wollte man es jetzt „anders herum“ probieren. Die politischen Probleme mußten sich ja entschärfen lassen, so hieß es nun, wenn nicht mehr auf beiden Seiten hinter ihnen die fürchterlichen Massenvernichtungswaffen stünden.

### Die Sowjets

waren nicht faul, die Chance dieser Umkehrung für sich zu nutzen. Während der ersten zwei Genfer Wochen beherrschten sie die Bühne, und der Westen mußte in dieser Runde den propagandistischen Erfolg dem Gegner überlassen. Es waren ja nicht nur die klingenden Worte „allgemeine und vollständige Abrüstung“, die noch dazu in vier Jahren vollzogen sein sollte, mit denen die Sowjets die Phantasie der Massen auch in den westlichen Ländern faszinieren wollten; auf den ersten Blick mußte es so aussehen, als ob ihr Plan wirklich alles umfasse, was man sich gemeinhin unter Abrüstung vorstellt: die Abschaffung der Heere und Flotten, der Bomber und Raketen, die Überführung des vorhandenen und des noch zu produzierenden spaltbaren Materials in friedliche Verwendung, und zwar dies alles „unter internationaler Kontrolle auf allen Stufen“, wie Sorin zu betonen nicht müde wurde. Dagegen wirkten die westlichen

Vorschläge über die Schaffung einer internationalen Abrüstungsorganisation und über „narrensichere“ Kontrollmaßnahmen schwerfällig, überkompliziert und langwierig, obwohl sie, recht betrachtet, alle Elemente einer Weltregierung enthielten.

### Mit Aufwand

von sehr viel Geduld und Scharfsinn gelang es den Westmächten, den sowjetischen Bluff zu entlarven. Der amerikanische Delegationsführer Eaton sprach treffend von einer „Sabotage (wirksamer Abrüstung) durch Übermaß“, wie es ja eine im diplomatischen Spiel oft erprobte Taktik ist, Unmögliches als möglich zu erklären, um damit dem wirklich Möglichen auszuweichen. In der Erkenntnis, daß der ursprüngliche Sowjetplan keine Aussicht auf Annahme habe, unternahm Sorin eine so plumpe Volte, daß er gerade dadurch die zweite Runde verlor. Er schlug vor, man solle auf den östlichen wie auf den westlichen Plan verzichten und sich statt dessen auf „fünf Prinzipien“ einigen. „Alter Salat, neu angemacht“, rief der Franzose Jules Moch aus. „Die Welt erwartet von uns nicht Erklärungen über gute Absichten“, fügte der Amerikaner Eaton hinzu, „sondern Beweise von konkreter Abrüstung. Sagen Sie mir also nicht, was für Prinzipien Sie haben, sondern wie Sie diese anzuwenden gedenken.“

Mr. Eaton überbot die fünf Prinzipien durch neun konkrete Abrüstungspunkte, darunter das Verbot der Produktion von Kernmaterial für militärische Zwecke. Sorin rächte sich für den „alten Salat“ mit dem Ausruf „alte Ladenhüter“ und nannte auch diese westlichen Vorschläge „völlig unannehmbar“. Der tote Punkt war erreicht. In der Politik bedeutet das aber noch lange kein Ende.

Nach einer Remispartie kann man am 7. Juni eine neue beginnen; den es wäre nicht richtig zu behaupten, daß seit dem 15. März überhaupt keine Fortschritte erzielt worden wären. In den folgenden Punkten ist man sich so weit nahegekommen, daß eine Entscheidung der vier Großen auf dem „Gipfel“ eine Verständigung herbeiführen könnte:

1. in den westlichen Vorschlägen über Beobachtung und Inspektion zur Verhinderung von Überraschungsangriffen;
2. in der Verringerung der konventionellen Streitkräfte;
3. in der Ausschließung von Kernwaffen aus dem Weltraum.

### Die Reihenfolge

der Abrüstungsmaßnahmen ist nicht entscheidend. Unabdingbar jedoch sind die folgenden vier Forderungen des Westens:

1. keine Abrüstung ohne wirksame Kontrolle;
2. Sicherung des Weltraums vor Kernsprengstoffen;
3. Aufstellung bewaffneter internationaler Polizeikräfte zum Schutze besonders der kleinen Nationen;
4. Schaffung einer internationalen Abrüstungsorganisation im Rahmen der Vereinten Nationen.

Daß diese vier Punkte ganz klar herausgearbeitet worden sind, das ist nicht der geringste Gewinn der Genfer Verhandlungen vom 15. März bis zum 29. April.

## 15 402 Flüchtlinge

Berlin (Eigenmeldung). Im Monat April haben sich nach letzten Meldungen 15 402 Flüchtlinge in Berlin gemeldet. Im gleichen Zeitraum wurden 8500 Personen mit Flugzeugen in das Bundesgebiet gebracht. Im März dieses Jahres zählte man 9814 Flüchtlinge. Im April 1959 waren es 8062.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Kurze Beratungspause auf dem CDU-Bundespartei-tag in Karlsruhe. Von links: Innenminister Schröder, Bundeskanzler Adenauer, Ministerpräsident von Hassel und Postminister Stücklen. — Unten: Der Sohn des südkoreanischen Vizepräsidenten erschöß seine Familie und beging dann Selbstmord. Auf unserem Bild (von links): Vizepräsident Lee Ki Poong, seine Frau, Syngman Rhee und der 23jährige Sohn Lee Ki Poongs.

